Stempelmarke
zu 16,00 € anbringen

Bei telematischer Stempelmarke Datum
und "Identificativo" angeben.

E/4	F/4	F/4 Art.61	H
------------	------------	-----------------------------	----------

Datum Stempelmarke:

„Identificativo“ - Nummernkodex (14 Ziffern):

Wohnbauakt Nr.:

eingereicht am:

angenommen von:

An die

Autonome Provinz Bozen – Südtirol

Abteilung Wohnbau – Landhaus 12

Kanonikus-Michael-Gamper-Straße, 1

39100 Bozen

E-Mail: wohnbau@provinz.bz.it

PEC: wohnungsbau.ediliziaabitativa@pec.prov.bz.it

Ansuchen um die Gewährung eines einmaligen Beitrages für den

Neubau, Kauf oder die Wiedergewinnung der Erstwohnung

im Sinne des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13 (Wohnbauförderungsgesetz)

KAUF

bestehende Wohnung

Wohnung in Bau

Kauf und Wiedergewinnung (Sanierung)

NEUBAU

zugewiesener Baugrund der Gemeinde

freier Baugrund

Fertigstellung Rohbau

Wohnbaugenossenschaft

WIEDERGEWINNUNG (SANIERUNG)

Wiedergewinnungsarbeiten (ohne Erweiterung)

Wiedergewinnungsarbeiten bzw. Abbruch und Wiederaufbau (Kubaturerweiterung weniger als 20%)

Wiedergewinnungsarbeiten bzw. Abbruch und Wiederaufbau (Kubaturerweiterung mehr als 20%)

Wiedergewinnung der bereits für den Kauf geförderten Wohnung (Art. 61)

ERWERB UND ERSCHLISSUNG DES BAUGRUNDES

A) GESUCHSTELLER/IN

Nachname

Name

geboren am

in

Steuernummer

Wohnsitz in der Gemeinde

Postleitzahl

Fraktion

Straße

Nr.

E-Mail:

Telefon privat/Handy:

Nicht-EU-Staatsbürgerschaft

→ falls zutreffend, Arbeitstätigkeit in Südtirol: mindestens 3 Jahre in den letzten 5 Jahren

Zivilstand

ledig

getrennt

geschieden

verwitwet

verheiratet bzw. eingetragene Partnerschaft

in Gütergemeinschaft

in Gütertrennung

in eheähnlicher Beziehung lebend seit

(* siehe Fußnote Buchstabe D)

Eigentumsverhältnisse an der förderungsgegenständlichen Wohnung

alleiniges Eigentum

Eigentum beider Ehegatten/in eheähnlicher Gemeinschaft

alleiniges Fruchtgenussrecht

Fruchtgenussrecht beider Ehegatten/in eheähnlicher Gemeinschaft

B) EHEGATTE/IN BZW. IN EHEÄHNLICHER BEZIEHUNG LEBENDE PERSON (* siehe Fußnote Buchstabe D)

Gesuchsteller/in ist EINZELPERSON → **weiter zu Buchstabe C)**

Nachname	<input type="text"/>	Name	<input type="text"/>	geboren am	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
in	<input type="text"/>	Steuernummer	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
☐	gleicher Wohnsitz wie der Gesuchsteller/die Gesuchstellerin seit			<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	
☐	anderer Wohnsitz: Gemeinde		<input type="text"/>	Postleitzahl	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Fraktion	<input type="text"/>	Straße	<input type="text"/>	Nr.	<input type="text"/>	<input type="text"/>	
Telefon privat/Handy:	<input type="text"/>						
☐	Nicht-EU-Staatsbürgerschaft <input type="text"/>						
	→ falls zutreffend, ☐ Arbeitstätigkeit in Südtirol: mindestens 3 Jahre in den letzten 5 Jahren						
Zivilstand	☐ ledig	☐ verheiratet	☐ verwitwet				
	☐ getrennt	☐ geschieden					

C) DAUER DES MELDEAMTLICHEN WOHNSTIZES/ARBEITSPLATZES IN DER PROVINZ BOZEN

Der Gesuchsteller/die Gesuchstellerin hat die Ansässigkeit in der Provinz Bozen seit

Geburt oder seit

in der Gemeinde	<input type="text"/>	von	<input type="text"/>	bis	<input type="text"/>
in der Gemeinde	<input type="text"/>	von	<input type="text"/>	bis	<input type="text"/>
in der Gemeinde	<input type="text"/>	von	<input type="text"/>	bis	<input type="text"/>
in der Gemeinde	<input type="text"/>	von	<input type="text"/>	bis	<input type="text"/>
in der Gemeinde	<input type="text"/>	von	<input type="text"/>	bis	<input type="text"/>
in der Gemeinde	<input type="text"/>	von	<input type="text"/>	bis	<input type="text"/>
in der Gemeinde	<input type="text"/>	von	<input type="text"/>	bis	<input type="text"/>

Der Gesuchsteller/die Gesuchstellerin hat zwar nicht den fünfjährigen Wohnsitz, dafür aber den Arbeitsplatz in

der Provinz Bozen, durchgehend und ohne Unterbrechungen, seit dem

(nur für Staatsangehörige der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU); Für Staatsbürgern von Staaten, die nicht der Europäischen Union angehören, kann der Arbeitsplatz anstelle des Wohnsitzes nicht berücksichtigt werden).

Nur auszufüllen, wenn sowohl der/die Gesuchsteller/in als auch dessen Ehegatte/in Staatsbürger von Staaten sind, die nicht der Europäischen Union angehören und der/die Ehegatte/in Miteigentümer/in der zu fördernden Wohnung ist oder wird oder wenn die in eheähnlicher Beziehung lebende Person Staatsbürger/in von Staaten, die nicht der Europäischen Union angehören ist und Miteigentümer/in der zu fördernden Wohnung ist oder wird.

Die in **eheähnlicher Beziehung lebende Person bzw. der/die Ehegatte/in**, Staatsbürger/in von Staaten, die nicht der Europäischen Union angehören und der/die Miteigentümer/in der zu fördernden Wohnung ist oder wird, erklärt bei Einreichen des Gesuches seit mindestens 5 Jahren ohne Unterbrechungen in der Provinz Bozen ansässig zu sein

NEIN

JA, durchgehend und ohne Unterbrechungen seit dem

D) MELDEAMTLICHER FAMILIENBOGEN DES GESUCHSTELLERS/DER GESUCHSTELLERIN

Folgende Personen wohnen mit dem Gesuchsteller/mit der Gesuchstellerin in derselben Wohnung:

VERWANDTSCHAFTS-GRAD	NACHNAME UND NAME	GEBURTSORT	GEBURTSDATUM	ZIVILSTAND	BERUF

Eventuelle Kinder die nicht mit dem Gesuchsteller/der Gesuchstellerin zusammen wohnen:

MELDEAMTLICHER FAMILIENBOGEN DES EHEGATTEN/DER EHEGATTIN BZW. DER IN EHEÄHNLICHER BEZIEHUNG LEBENDEN PERSON (*) (nur falls nicht mit dem Gesuchsteller zusammenlebend)

Anschrift:

Gemeinde

Straße

Nr.

VERWANDTSCHAFTS-GRAD	NACHNAME UND NAME	GEBURTSORT	GEBURTSDATUM	ZIVILSTAND	BERUF

Eventuelle Kinder die nicht mit dem Ehegatten/der Ehegattin bzw. der in eheähnlicher Beziehung lebenden Person zusammen wohnen:

(*) Es gelten als in eheähnlicher Beziehung lebend:

- zwei Personen mit gemeinsamen Kindern, wenn sie in einer gemeinsamen Wohnung wohnen (derselbe Wohnsitz) oder wenn sie erklären, die Wohnung, welche Gegenstand der Förderung ist, gemeinsam bewohnen zu wollen,
- zwei Personen, die nicht durch Verwandtschaft, Schwägerschaft, Adoption, Ehe oder zivilrechtlich anerkannte Partnerschaft gebunden sind und die seit mindestens zwei Jahren in einer gemeinsamen Wohnung wohnen (derselbe Wohnsitz)
- zwei Personen, die, obwohl sie nicht in einer gemeinsamen Wohnung wohnen, gemeinsame minderjährige Kinder haben und nicht nachweisen, dass das familiäre Verhältnis aufgelöst wurde.

E) ERMITTLUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN VERHÄLTNISSE DER ZU FÖRDERNDEN FAMILIENGEMEINSCHAFT

Der/die Gesuchsteller/in bestätigt, dass für alle Familienmitglieder die EEVE-Erklärungen der letzten 2 Bezugsjahre abgegeben wurden. Er/Sie gibt sein Einverständnis dafür und erklärt über jenes der Mitglieder der Familiengemeinschaft zu verfügen, dass die entsprechenden, in der EEVE-Datenbank gespeicherten Erklärungen, für dieses Ansuchen verwendet werden dürfen. Weiters erklärt der/die Gesuchsteller/in im Sinne des Art. 76 des D.P.R. Nr. 445/2000, in geltender Fassung und Art. 2bis L.G. Nr. 17/1993, in geltender Fassung, sich bewusst zu sein, dass er/sie laut Strafgesetzbuch und Sondergesetzen für alle unwahren oder unvollständigen Angaben und für die Vorlage falscher Unterlagen strafrechtlich verantwortlich ist und sich der Folgen unrechtmäßig bezogener Leistungen bewusst ist.

	VOR – UND NACHNAME	GEBURTSDATUM	STEUERNUMMER
1.			
2.			
3.			
4.			
5.			
6.			
7.			

Volljährige Kinder, die mit einer unter den Buchstaben A) und B) angeführten Personen zusammenleben, zählen nur bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres und nur wenn sie laut letzter berücksichtigter EEVE steuerrechtlich zu Lasten waren, zur Familiengemeinschaft. Zusammenlebende Kinder mit einer Zivil- oder Arbeitsinvalidität von nicht weniger als 74 Prozent, Zivilblinde, Gehörlose oder mit einer Kriegsinvalidität von der ersten bis zur vierten Kategorie oder einer Behinderung im Sinne von Artikel 3 des Gesetzes vom 5. Februar 1992, Nr. 104, zählen ohne Altersbeschränkung zur Familiengemeinschaft.

Zusätzliche Angaben für die Feststellung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit:

- Der/die Gesuchsteller/in lebt allein
(Anzukreuzen, wenn der Gesuchsteller/die Gesuchstellerin als Einzelperson ansucht und er/sie zum Zeitpunkt der Gesuchseinreichung bereits alleine lebt und seine/ihre Spesen mit niemand anderem teilt)
- Familiengemeinschaft mit minderjährigen Kindern; die Eltern (oder der alleinerziehende Elternteil) haben gearbeitet und ein Einkommen von mindestens 10.000,00 Euro in der letzten EEVE erzielt
(Anzukreuzen, wenn sich in der Familie ein oder mehrere minderjährige Kinder befinden und wenn beide Eltern bzw. der Elternteil und dessen Ehegatte oder in eheähnlicher Beziehung lebende Partner, oder, bei alleinerziehenden Eltern, der alleinige Elternteil, im letzten Jahr des berücksichtigten Einkommens eine unselbstständige oder selbstständige Arbeitstätigkeit bzw. Unternehmenstätigkeit ausgeübt haben und ein jeder ein für die letzte berücksichtigte EEVE relevantes Bruttoeinkommen von mindestens 10.000,00 Euro erzielt hat).
- Familiengemeinschaft mit Mitgliedern die eine Invalidität von nicht weniger als 74% aufweisen
(Bei Familiengemeinschaften mit Mitgliedern mit einer Invalidität von nicht weniger als 74% findet Art. 45, Abs. 1, Buchstabe e) des LG Nr. 13 vom 17.12.1998 keine Anwendung - Mindesteinkommen)
- Der/die Gesuchsteller/in verpflichtet sich, die seit mindestens 2 Jahren zusammenlebenden, oben angeführten Eltern bzw. Geschwister mit Invalidität in die geförderte Wohnung aufzunehmen
(Die Eltern gelten als Familienmitglieder, wenn sie seit mindestens 2 Jahren mit dem/der Gesuchsteller/in zusammenleben - derselbe Wohnsitz - und der/die Gesuchsteller/in sich verpflichtet, sie in die geförderte Wohnung aufzunehmen. Dasselbe gilt für Geschwister mit einer Zivil- oder Arbeitsinvalidität von nicht weniger als 74%, Zivilblinde, Gehörlose oder mit einer Kriegsinvalidität von der ersten bis zur vierten Kategorie oder einer Behinderung im Sinne von Artikel 3 des Gesetzes vom 5. Februar 1992, Nr. 104.)

F) BESETZUNG DER ZU FÖRDERNDEN WOHNUNG

Der Gesuchsteller/die Gesuchstellerin wird ALLEINE in der zu fördernden Wohnung wohnen → **weiter zu Buchstabe G)**

Der Gesuchsteller/die Gesuchstellerin wird mit den in Buchstabe E) angegebenen Familienmitgliedern in der zu fördernden Wohnung wohnen → **weiter zu Buchstabe G)**

Die zu fördernde Wohnung wird außer vom Gesuchsteller/von der Gesuchstellerin und den in Buchstabe E) angegebenen Familienmitgliedern auch von folgenden Verwandten/Verschwägerten innerhalb des 3. Verwandtschaftsgrades bewohnt werden (Begründung angeben):

VERWANDTSCHAFTS-GRAD	NACHNAME UND NAME	GEBURTSDATUM

Begründung für die Aufnahme der zusätzlichen Person/Personen:

(Für die eigenen Kinder ist keine Begründung notwendig)

G) WOHNUNGSVERMÖGEN DES GESUCHSTELLERS/DER GESUCHSTELLERIN

Abgesehen von der Wohnung, Gegenstand dieses Gesuches, ist der Gesuchsteller/die Gesuchstellerin alleine oder mit dem Ehegatten/der Ehegattin bzw. der in eheähnlicher Beziehung lebenden Person, Eigentümer oder Fruchtniesser einer angemessenen (*) und leicht erreichbaren (**) Wohnung, oder er/sie besitzt das Wohn- bzw. Gebrauchsrecht an einer solchen Wohnung oder er/sie hat das Eigentumsrecht, Fruchtgenussrecht, Wohn- bzw. Gebrauchsrecht an einer angemessenen und leicht erreichbaren Wohnung in den letzten 5 Jahren veräußert;

JA NEIN

Der Gesuchsteller/die Gesuchstellerin ist alleine oder mit dem Ehegatten/der Ehegattin bzw. der in eheähnlicher Beziehung lebenden Person an einer Personengesellschaft oder Gesellschaft mit beschränkter Haftung beteiligt, welche das Eigentum oder Fruchtgenuss- oder Gebrauchsrecht einer angemessenen (*) und leicht erreichbaren (**) Wohnung hat, bzw. ein Eigentums- Fruchtgenuss- oder Gebrauchsrecht in den letzten 5 Jahren veräußert hat;

JA NEIN

Der Gesuchsteller/die Gesuchstellerin erklärt, dass eine Erbschaft am Laufen ist, mit welcher er/sie voller Eigentümer einer geeigneten und leicht erreichbaren Wohnung werden könnte (Bei Erbschaften erfolgt die Eigentumsübertragung rückwirkend mit Datum des Todes des Erblassers);

JA NEIN

H) WOHNUNGSVERMÖGEN DES EHEGATTEN/DER EHEGATTIN ODER DER IN EHEÄHNLICHER BEZIEHUNG LEBENDEN PERSON

Abgesehen von der Wohnung, Gegenstand dieses Gesuches, ist der Ehegatte/die Ehegattin oder die in eheähnlicher Beziehung lebende Person alleine oder mit dem Gesuchsteller/der Gesuchstellerin Eigentümer oder Fruchtniesser einer angemessenen (*) und leicht erreichbaren (**) Wohnung, oder er/sie besitzt das Wohn- bzw. Gebrauchsrecht an einer solchen Wohnung oder er/sie hat das Eigentumsrecht, Fruchtgenussrecht, Wohn- bzw. Gebrauchsrecht an einer angemessenen und leicht erreichbaren Wohnung in den letzten 5 Jahren veräußert;

JA NEIN

Der Ehegatte/die Ehegattin oder die in eheähnlicher Beziehung lebende Person ist alleine oder mit dem Gesuchsteller/der Gesuchstellerin an einer Personengesellschaft oder Gesellschaft mit beschränkter Haftung beteiligt, welche das Eigentum oder Fruchtgenuss- oder Gebrauchsrecht einer angemessenen (*) und leicht erreichbaren (**) Wohnung hat, bzw. ein Eigentums- Fruchtgenuss- oder Gebrauchsrecht in den letzten 5 Jahren veräußert hat;

JA NEIN

Der Ehegatte/die Ehegattin erklärt, dass eine Erbschaft am Laufen ist, mit welcher er/sie voller Eigentümer einer geeigneten und leicht erreichbaren Wohnung werden könnte (Bei Erbschaften erfolgt die Eigentumsübertragung rückwirkend mit Datum des Todes des Erblassers);

JA NEIN

Achtung: Das Eigentum, Fruchtgenussrecht oder Wohnungsrecht an einer angemessenen und leicht erreichbaren Wohnung – abgesehen von der Wohnung, Gegenstand des Gesuches - stellt einen Ausschlussgrund von der Wohnbauförderung dar. Dasselbe gilt, wenn ein solches Recht in den letzten 5 Jahren veräußert wurde.

(*) Eine Wohnung gilt als angemessen, wenn die bewohnbare Nutzfläche/Nettofläche für eine Person nicht kleiner als 28 Quadratmeter ist. Diese Fläche wird für jede weitere Person um 15 Quadratmeter erhöht.

Anzahl der Familienmitglieder	1	2	3	4	5	6	7	+
Unangemessenheit (bewohnbare Nutzfläche/Nettofläche)	< 28 m ²	< 43 m ²	< 58 m ²	< 73 m ²	< 88 m ²	< 103 m ²	< 118 m ²	< 15 m ²

(**) Die leicht erreichbare Wohnung definiert sich aus der Wegstrecke und der Höhendifferenz zwischen der Wohnung und dem Arbeitsplatz oder dem Wohnsitz des Gesuchstellers. Eine Wohnung gilt als leicht erreichbar, wenn sie nicht mehr als 40 Kilometer vom Arbeitsplatz oder vom Wohnsitz des Gesuchstellers entfernt ist, auch wenn sich diese außerhalb der Autonomen Provinz Bozen und im Ausland befindet. Falls die Wohnung beziehungsweise der Arbeitsplatz oder der Wohnsitz über 1000 Meter über dem Meeresspiegel liegt, gilt für die Bestimmung der Erreichbarkeit eine Entfernung von 30 Kilometer.

I) WOHNUNGSVERMÖGEN DER EIGENEN KINDER

(nicht auszufüllen bei Gesuchen für die Wiedergewinnung, ausgenommen sind Gesuche für die Wiedergewinnung der bereits für den Kauf geförderten Wohnung laut Art. 61)

Die Kinder (auch wenn nicht zusammenlebend) verfügen nicht über eines der in der Tabelle angeführten Rechte und haben auch nicht ein solches Recht in den letzten 5 Jahren veräußert → **weiter zu Buchstabe J)**

NAME DES KINDES (Nachname und Name)	ART DES RECHTES Eigentum, Eigentum aus Beteiligung an einer Gesellschaft (Quote), Mitbesitz, Fruchtgenussrecht, Gebrauchsrecht, Wohnrecht usw.	BESCHREIBUNG DER NUTZUNG z.B. Wohnung mit Zubehörflächen, Wohnung im Rohbau oder Wohnung unbewohnbar	TECHNISCHE DATEN - bei Wohnungen: Nettoflächen und Datum Baujahr, Benützungsgenehmigung (bzw. Alter) - bei Wohnungen im Rohbau oder für unbewohnbar erklärt: Erklärung Baufortschritt bzw. Unbewohnbarkeitserklärung	VERÄUSSERT (d. h. verkauft, verschenkt, abgetreten)
				☐ Ja ☐ Nein
				☐ Ja ☐ Nein
				☐ Ja ☐ Nein
				☐ Ja ☐ Nein

J) BEREITS ERHALTENE WOHNBAUFÖRDERUNG

Der Gesuchsteller/die Gesuchstellerin bzw. der Ehegatte/die Ehegattin oder die in eheähnlicher Beziehung lebende Person hat/haben bereits eine Wohnbauförderung erhalten oder übernommen.

NEIN

JA Gesuch Nr.:

K) ZUGEHÖRIGKEIT ODER ZUORDNUNG ZU EINER DER DREI SPRACHGRUPPEN

(die Bescheinigung muss nur von Staatsbürgern der Mitgliedstaaten der Europäischen Union beigelegt werden)

JA

NEIN

Der/die Gesuchsteller/in erklärt eine gültige Bescheinigung (nicht älter als 6 Monate) über die Sprachgruppenzugehörigkeit zu besitzen und verpflichtet sich das Dokument **IN ORIGINAL** und verschlossenem Umschlag **innerhalb 30 Tagen ab Erhalt der Abgabebestätigung, nach Protokollierung des Gesuches**, im Sekretariat der Abteilung Wohnbau abzugeben. Ungültig und fehlend ist die Bescheinigung der Sprachgruppenzugehörigkeit, die als PDF-Datei übermittelt wird.

Ausstellungsdatum der Bescheinigung

JA

NEIN

Die in eheähnlicher Beziehung lebende Person oder der/die Ehegatte/in, die Miteigentümer/in der zu fördernden Wohnung ist oder wird, erklärt eine gültige Bescheinigung (nicht älter als 6 Monate) über die Sprachgruppenzugehörigkeit zu besitzen und verpflichtet sich das Dokument **IN ORIGINAL** und verschlossenem Umschlag **innerhalb 30 Tagen ab Erhalt der Abgabebestätigung, nach Protokollierung des Gesuches**, im Sekretariat der Abteilung Wohnbau abzugeben. Ungültig und fehlend ist die Bescheinigung der Sprachgruppenzugehörigkeit, die als PDF-Datei übermittelt wird. Die Bescheinigung des Ehegatten/der Ehegattin ist nicht notwendig, wenn das Miteigentum im Grundbuch jeweils zur Hälfte in gesetzlicher Gütergemeinschaft einverleibt wurde oder wird.

Ausstellungsdatum der Bescheinigung

L) ZUSÄTZLICHE PUNKTE FÜR: EHESCHLIEßUNG, WOHN-SITUATION, INVALIDITÄT, ZWANGSRÄUMUNG

Eheschließung / Eingetragene Partnerschaft in den letzten 3 Jahren

Datum der Eheschließung / Datum Erklärung vor dem Standesbeamten am in

Wohnsituation

Der Gesuchsteller/die Gesuchstellerin bewohnt mit seiner/ihrer Familie,

eine für unbewohnbar erklärte Wohnung

eine überfüllte Wohnung mit Nettofläche m²

Anzahl der zusammenlebenden Personen seit

Invalidität

Der Gesuchsteller/die Gesuchstellerin hat eine dauerhafte, von der „Ärztekommission zur Anerkennung der Zivilinvalidität“ bescheinigte Invalidität

Der Ehegatte/die Ehegattin oder die in eheähnlicher Beziehung lebende Person hat eine dauerhafte, von der „Ärztekommission zur Anerkennung der Zivilinvalidität“ bescheinigte Invalidität

Ein Familienmitglied das mit dem/der Gesuchsteller/in zusammenlebt und steuerrechtlich zu Lasten ist, hat eine dauerhafte, von der „Ärztekommission zur Anerkennung der Zivilinvalidität“ bescheinigte Invalidität

Zwangsräumung

Sofern sie nicht wegen Nichterfüllung der Vertragspflichten oder wegen Sittenwidrigkeit erfolgt

Widerruf der Dienstwohnung (mindestens für 10 Jahre besetzt)

M) WOHNUNGSVERMÖGEN DER ELTERN

(nicht auszufüllen bei Gesuchen für die Wiedergewinnung, ausgenommen sind Gesuche für die Wiedergewinnung der bereits für den Kauf geförderten Wohnung laut Art. 61)

Ursprüngliche Familie des Gesuchstellers/der Gesuchstellerin:

Vater			
Nachname und Name	<input type="text"/>	geboren am	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>
		☐ verstorben	
Wohnungsbesitz	☐ ja ☐ nein	Wohnungen in den letzten 5 Jahren veräußert	☐ ja ☐ nein
Mutter			
Nachname und Name	<input type="text"/>	geboren am	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>
		☐ verstorben	
Wohnungsbesitz	☐ ja ☐ nein	Wohnungen in den letzten 5 Jahren veräußert	☐ ja ☐ nein
Geschwister			
1.) Nachname und Name	<input type="text"/>	geboren am	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> ☐ verstorben
2.) Nachname und Name	<input type="text"/>	geboren am	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> ☐ verstorben
3.) Nachname und Name	<input type="text"/>	geboren am	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> ☐ verstorben
4.) Nachname und Name	<input type="text"/>	geboren am	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> ☐ verstorben
5.) Nachname und Name	<input type="text"/>	geboren am	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> ☐ verstorben
6.) Nachname und Name	<input type="text"/>	geboren am	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> ☐ verstorben
7.) Nachname und Name	<input type="text"/>	geboren am	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> ☐ verstorben

WOHNUNGSVERMÖGEN DER SCHWIEGERELTERN ODER DER ELTERN DER IN EHEÄHNLICHER BEZIEHUNG LEBENDEN PERSON

(nicht auszufüllen bei Gesuchen für die Wiedergewinnung, ausgenommen sind Gesuche für die Wiedergewinnung der bereits für den Kauf geförderten Wohnung laut Art. 61)

Ursprüngliche Familie des Ehegatten/der Ehegattin oder der in eheähnlicher Beziehung lebenden Person:

Vater			
Nachname und Name	<input type="text"/>	geboren am	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>
		☐ verstorben	
Wohnungsbesitz	☐ ja ☐ nein	Wohnungen in den letzten 5 Jahren veräußert	☐ ja ☐ nein
Mutter			
Nachname und Name	<input type="text"/>	geboren am	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>
		☐ verstorben	
Wohnungsbesitz	☐ ja ☐ nein	Wohnungen in den letzten 5 Jahren veräußert	☐ ja ☐ nein
Geschwister			
1.) Nachname und Name	<input type="text"/>	geboren am	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> ☐ verstorben
2.) Nachname und Name	<input type="text"/>	geboren am	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> ☐ verstorben
3.) Nachname und Name	<input type="text"/>	geboren am	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> ☐ verstorben
4.) Nachname und Name	<input type="text"/>	geboren am	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> ☐ verstorben
5.) Nachname und Name	<input type="text"/>	geboren am	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> ☐ verstorben
6.) Nachname und Name	<input type="text"/>	geboren am	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> ☐ verstorben
7.) Nachname und Name	<input type="text"/>	geboren am	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> ☐ verstorben

WOHNUNGSVERMÖGEN DER ELTERN/SCHWIEGERELTERN ODER DER ELTERN DER IN EHEÄHNLICHER BEZIEHUNG LEBENDEN PERSON BZW. DER PERSONENGESELLSCHAFTEN ODER GMBH'S AN DENEN DIESE PERSONEN EINE KAPITALBETEILIGUNG HABEN:

(nicht auszufüllen bei Gesuchen für die Wiedergewinnung, ausgenommen sind Gesuche für die Wiedergewinnung der bereits für den Kauf geförderten Wohnung laut Art. 61)

Es sind alle leicht erreichbaren sowie auch die in den letzten 5 Jahren veräußerten Wohnungen anzugeben

(als leicht erreichbar gelten Wohnungen, die sich innerhalb 40 km vom Wohnsitz oder Arbeitsplatz des Gesuchstellers/der Gesuchstellerin befinden, auch wenn diese außerhalb der Autonomen Provinz Bozen und im Ausland liegen. Falls sich die Wohnungen bzw. Arbeitsplatz oder Wohnort über 1000 Meter ü. d. M. befinden, sind diese nur anzugeben wenn sie innerhalb von 30 km liegen)

KEIN WOHNUNGSVERMÖGEN

NUR WOHNUNGSVERMÖGEN WELCHES NICHT LEICHT ERREICHBAR IST

NACHNAME UND NAME (Name der Gesellschaft) des Eigentümers, Miteigentümers, Fruchtnießers, Gebrauchs- oder Wohnrechtinhabers	GENAUE ADRESSE mit Angabe der Einlagezahl, der Bauparzelle, des materiellen Anteils und der Katastralgemeinde	ART DES RECHTES Eigentum, Eigentum aus Beteiligung an einer Gesellschaft (Quote), Miteigentum, Fruchtgenussrecht, Gebrauchs- und Wohnrecht usw.	BESCHREIBUNG DER NUTZUNG z.B. Wohnung mit Zubehörf lächen, Wohnung im Rohbau oder Wohnung unbewohnbar	TECHNISCHE DATEN			VERÄUSSERT (d. h. verkauft, verschenkt, abgetreten)
				Beschreibung	bewohnbare Nutzfläche/ Nettoflächen	Benützungsgenehmigung oder Alter des Gebäudes	
				Wohnung	<input type="text"/> m ²	Jahr <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	☐ ja ☐ nein
				Keller, Dachboden, Autoabstellplatz	<input type="text"/> m ²		
				Garage	<input type="text"/> m ²		
				Loggia, nicht be- heizter Wintergarten	<input type="text"/> m ²		
				Balkon, offener Laubengang im EG	<input type="text"/> m ²		
				Terrasse	<input type="text"/> m ²		
				Gesamtfläche	<input type="text"/> m ²		
				Wohnung	<input type="text"/> m ²	Jahr <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	☐ ja ☐ nein
				Keller, Dachboden, Autoabstellplatz	<input type="text"/> m ²		
				Garage	<input type="text"/> m ²		
				Loggia, nicht be- heizter Wintergarten	<input type="text"/> m ²		
				Balkon, offener Laubengang im EG	<input type="text"/> m ²		
				Terrasse	<input type="text"/> m ²		
				Gesamtfläche	<input type="text"/> m ²		

% FORTSETZUNG

NACHNAME UND NAME (Name der Gesellschaft) des Eigentümers, Miteigentümers, Fruchtnießers, Gebrauchs- oder Wohnrechtinhabers	GENAUE ADRESSE mit Angabe der Einlagezahl, der Bauparzelle, des materiellen Anteils und der Katastralgemeinde	ART DES RECHTES Eigentum, Eigentum aus Beteiligung an einer Gesellschaft (Quote), Miteigentum, Fruchtgenussrecht, Gebrauchs- und Wohnrecht usw.	BESCHREIBUNG DER NUTZUNG z.B. Wohnung mit Zubehörflächen, Wohnung im Rohbau oder Wohnung unbewohnbar	TECHNISCHE DATEN - bei Wohnungen: Nettoflächen und Benützungsgenehmigung oder Alter des Gebäudes - bei Wohnungen im Rohbau oder für unbewohnbar erklärte Wohnungen: Erklärung Baufortschritt von einem im berufsverzeichnis eingetragenen Techniker bzw. eine Kopie der Unbewohnbarkeitserklärung der Gemeinde			VERÄUSSERT (d. h. verkauft, verschenkt, abgetreten)	
				Beschreibung	bewohnbare Nutzfläche/ Nettoflächen	Benützungsgenehmigung oder Alter des Gebäudes	☐ ja ☐ nein	
				Wohnung	<input type="text"/> m ²	Jahr <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>		
				Keller, Dachboden, Autoabstellplatz	<input type="text"/> m ²			
				Garage	<input type="text"/> m ²			
				Loggia, nicht be- heizter Wintergarten	<input type="text"/> m ²			
				Balkon, offener Laubengang im EG	<input type="text"/> m ²			
				Terfasse	<input type="text"/> m ²			
				Gesamtfläche	<input type="text"/> m ²			
				Beschreibung	bewohnbare Nutzfläche/ Nettoflächen	Benützungsgenehmigung oder Alter des Gebäudes	☐ ja ☐ nein	
				Wohnung	<input type="text"/> m ²	Jahr <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>		
				Keller, Dachboden, Autoabstellplatz	<input type="text"/> m ²			
				Garage	<input type="text"/> m ²			
				Loggia, nicht be- heizter Wintergarten	<input type="text"/> m ²			
				Balkon, offener Laubengang im EG	<input type="text"/> m ²			
				Terfasse	<input type="text"/> m ²			
				Gesamtfläche	<input type="text"/> m ²			

N) TECHNISCHE DATEN DER ZU FÖRDERNDEN WOHNUNG

Gemeinde	<input type="text"/>	Fraktion	<input type="text"/>	Straße	<input type="text"/>	Nr.	<input type="text"/>
Bauparzelle (B.p.)	<input type="text"/>	oder Grundparzelle (G.p.)	<input type="text"/>	materieller Anteil (m.A.)	<input type="text"/>		
Katastralgemeinde (K.G.)	<input type="text"/>	Baueinheit (B.E.)	<input type="text"/>				
Stockwerk:	<input type="text"/>						
Genehmigung der Gemeinde (Baugenehmigung, ZeMet, BBM) (im Falle von Neubau und Wiedergewinnung)				Nr.	<input type="text"/>	vom	<input type="text"/>
bei zugewiesenem Baugrund:	Grundzuweisungsbeschluss			Nr.	<input type="text"/>	vom	<input type="text"/>
Hinweis: Die Gesuche für Kauf in Bau, Neubau oder Wiedergewinnung können nur mit einer gültigen Genehmigung des Projektes von Seiten der Gemeinde abgegeben werden. Für die Auszahlung muss eine vom Bauleiter unter eigener Verantwortung abgegebene Erklärung vorgelegt werden, mit der dieser bestätigt, dass die Arbeiten in Übereinstimmung mit dem dem Förderungsgesuch beigelegten Projekt, bzw. dem eventuellen Varianteprojekt ausgeführt wurden.							

Der/die Gesuchsteller/in erklärt, dass es sich bei der zu fördernden Wohnung	
um eine Volkswohnung laut Art. 41 (*)	☐ Ja ☐ Nein
oder	
um eine Wohnung mit erhöhter Zimmerzahl laut Art. 42 (**)	☐ Ja ☐ Nein
des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13 handelt.	
Hinweis: - Gegenstand der Wohnbauförderung des Landes für den Bau und den Kauf sowie der Wiedergewinnung laut Art. 61 des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13 können nur Wohnungen sein, welche die Merkmale von Volkswohnungen besitzen. - Gegenstand der Wohnbauförderung des Landes für die Wiedergewinnung können sowohl Wohnungen mit den Merkmalen von Volkswohnungen als auch Wohnungen mit erhöhter Zimmerzahl sein.	

(*)
Eine Wohnung gilt als Volkswohnung, wenn sie:
- nicht die Merkmale einer Luxuswohnung gemäß Ministerialdekret vom 2. August 1969 aufweist;
- mindestens einen und nicht mehr als fünf Wohnräume außer den Nebenräumen (Küche, Bad, Toilette, Abstellraum und Eingang) hat;
- eine eigene abgeschlossene Wohnung bildet;
- den anderen Bedingungen entspricht, die in den Verordnungen über Hygiene und Bauwesen vorgesehen sind;
- eine bewohnbare Nutzfläche/Nettofläche hat, die nicht geringer als 28 und nicht größer als 110 Quadratmeter ist.
Als Volkswohnungen gelten auch Wohnungen, die aufgrund einer vor Inkrafttreten des Landesgesetzes vom 25. November 1978, Nr. 52 (30. Dezember 1978) erteilten Baukonzession erbaut worden sind und deren bewohnbare Nutzfläche/Nettofläche nicht größer als 130 Quadratmeter ist; es müssen aber die übrigen Merkmale einer Volkswohnung gegeben sein.

Für weitere Merkmale der Volkswohnung wird auf Artikel 41 des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13, verwiesen.

()**
Als Wohnungen mit erhöhter Zimmerzahl gelten Wohnungen,
- die außer den Nebenräumen nicht mehr als zehn Wohnräume besitzen;
- deren bewohnbare Nutzfläche/Nettofläche nicht größer als 160 Quadratmeter ist;
- die eine eigene abgeschlossene Wohnung bilden;
- die den anderen Bedingungen entsprechen, die in den Verordnungen über Hygiene und Bauwesen vorgesehen sind.

Für weitere Merkmale der Wohnungen mit erhöhter Zimmerzahl wird auf Artikel 42 des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13, verwiesen.

Wohnungen, die im Verhältnis zur Anzahl der Personen die sie bewohnen überfüllt sind, können nicht Gegenstand einer Wohnbauförderung sein.

Der/die Gesuchsteller/in erklärt, dass die zu fördernde Wohnung im Verhältnis zur Anzahl der Personen die sie bewohnen werden

- überfüllt ist
 nicht überfüllt ist

(*) Eine Wohnung kann gefördert werden, wenn die bewohnbare Nutzfläche/Nettofläche für eine Person nicht kleiner als 28 Quadratmeter ist. Diese Fläche wird für jede weitere Person um 10 Quadratmeter erhöht.

Anzahl der Personen	1	2	3	4	5	6	7
Förderbare Mindestfläche (bewohnbare Nutzfläche/Nettofläche)	28 m ²	38 m ²	48 m ²	58 m ²	68 m ²	78 m ²	88 m ²

O) BAUALTER DES ZU FÖRDERNDEN OBJEKTES

Datum der letzten von der Gemeinde ausgestellten Bewohnbarkeitsbescheinigung oder zertifizierten Meldung der Bezugsfertigkeit bzw. wenn nicht vorhanden, Angaben in welchem Jahr das Objekt errichtet worden ist:

Nur im Falle von Wiedergewinnung:

In den letzten 25 Jahren sind in der Wohnung

keine Wiedergewinnungsarbeiten oder einige Wiedergewinnungsarbeiten durchgeführt worden.

Beschreibung der eventuell durchgeführten Wiedergewinnungsarbeiten in den letzten 25 Jahren mit Angabe des Jahres der durchgeführten Arbeiten :

Der/Die Gesuchsteller/in ist in Kenntnis, dass mit den Arbeiten für die Wiedergewinnung 30 Tage nach der Vorlage des Gesuches begonnen werden kann, es sei denn, der Direktor des Amtes für Wohnbauförderung fordert den/die Gesuchsteller/in innerhalb der genannten 30 Tage mit begründeter Maßnahme auf, nicht mit den Arbeiten zu beginnen, weil die technische Baubeschreibung unzureichend ist und daher für die Beurteilung des Gesuches ein Lokalaugenschein durchgeführt werden muss. Sollte der Lokalaugenschein nicht innerhalb der darauffolgenden 30 Tage durchgeführt werden, kann der/die Gesuchsteller/in auf jeden Fall mit den Arbeiten beginnen; dies gilt auch für Abbruch und Wiederaufbau; Art.10, Absatz 6 der Durchführungsverordnung (L.G. vom 15.07.1999, Nr.42) zum L.G. vom 17.12.1998, Nr. 13 Wohnbauförderungsgesetz i.g.F.

Angabe des Auszahlungsjahres:

Für alle Maßnahmen, die eine Ausgabe betreffen, muss das Jahr angegeben werden, in welchem der Betrag effektiv ausbezahlt wird.

Bei Genehmigung der Wohnbauförderungsgesuche ist die Abteilung Wohnbau verpflichtet, das Auszahlungsjahr im Zulassungsdekret anzugeben.

Nützliche Informationen für die Angabe des Auszahlungsjahres

Die Auszahlung des Beitrages kann erst nach Genehmigung Ihres Wohnbauförderungsgesuches beantragt werden und kann als ordentliche oder vorzeitige Auszahlung erfolgen.

Die ordentliche Auszahlung kann nur erfolgen, wenn folgende Voraussetzungen gegeben sind:

- a) der Gesuchsteller muss im Grundbuch als Eigentümer der geförderten Wohnung eingetragen sein;
- b) handelt es sich um eine Wiedergewinnung oder um eine im Bau befindlichen Wohnung, müssen die Arbeiten fertig gestellt und falls notwendig, die neue Benützungsgenehmigung bzw. zertifizierte Meldung der Bezugsfertigkeit ausgestellt sein;
- c) die zehnjährige Sozialbindung muss im Grundbuch angemerkt sein;
- d) vorhandene Auflagen, welche im Genehmigungsschreiben angeführt sind, müssen erfüllt sein;
- e) der Gesuchsteller muss den Wohnsitz in die Wohnung verlegt haben und muss die Wohnung mit der Familie ständig besetzen.

Die vorzeitige Auszahlung kann nur erfolgen, wenn folgende Voraussetzungen gegeben sind:

- a) bei Wiedergewinnung müssen die Hälfte der Wiedergewinnungsarbeiten durchgeführt sein, bei einer im Bau befindlichen Wohnung muss der Rohbau fertig gestellt sein;
- b) der Gesuchsteller muss eine Bankbürgschaft über einen Betrag, welcher dem um 15 Prozent erhöhten Beitrag entspricht, vorlegen; die Bankbürgschaft wird zurückerstattet, sobald die Voraussetzungen für die ordentliche Auszahlung gegeben sind.

Da die Auszahlung des Beitrags erst nach Genehmigung des Wohnbauförderungsgesuches und bei Vorhandensein der oben aufgelisteten Voraussetzungen erfolgen kann, ersuchen wir Sie, dies bei der Angabe des Auszahlungsjahres zu berücksichtigen.

Es wird die Wichtigkeit der Angabe des Jahres für die Auszahlung des Beitrages unterstrichen, da das angegebene Jahr im Dekret über die Zulassung angeführt werden muss und demzufolge der Betrag im Haushalt des entsprechenden Jahres vorgemerkt und verpflichtet wird. **Sobald das Ansuchen um Gewährung einer Wohnbauförderung genehmigt ist, können Sie in keinem Fall den Betrag vor dem angegebenen Jahr erhalten. Wird die Auszahlung nicht im angegebenen Jahr, oder bei schwerwiegender Begründung im darauffolgenden Jahr beantragt, wird die genehmigte Förderung widerrufen.**

<i>Der/die Gesuchsteller/Gesuchstellerin erklärt, dass er/sie, im Falle der Genehmigung des Wohnbauförderungsgesuches, die Auszahlung des Beitrages wie folgt beantragen wird:</i>		
☐ vorzeitige Auszahlung Jahr <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	oder	☐ ordentliche Auszahlung Jahr <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>
<i>Der/die Gesuchsteller/Gesuchstellerin nimmt zur Kenntnis, dass die Angabe des Jahres verpflichtend für die Auszahlung des Beitrages ist. Das Auszahlungsjahr kann nicht vor dem Jahr der Genehmigung des Ansuchens liegen. Sollte sich dieser Umstand ergeben, wird das von Ihnen angegebene Jahr dementsprechend von Amts wegen angepasst.</i>		

Wahl der Sprache des Schriftverkehrs

Deutsch

Italienisch

Zustimmung Kommunikation E-Mail

(Legislativdekret vom 7 März 2005 Nr. 82 – Art. 1, Absatz 1 Buchst. v)-bis, Absatz 1-ter e Art. 3 bis Absatz 4-quinquies)

Der/die Gesuchsteller/in ersucht, dass die Kommunikation mit den Ämtern der Abteilung Wohnbau bezüglich der gesamten Verwaltungsverfahren ausschließlich über die auf der ersten Seite angeführte zertifizierte Email-Adresse (PEC) oder einfache Email-Adresse (PEO) erfolgen muss und erklärt, dass die Adresse für die gesamte Dauer der Verwaltungsverfahren aktiv bleibt bzw. eine eventuelle Adressenänderung rechtzeitig mitgeteilt wird.

Er/sie erklärt weiters sich bewusst zu sein und zu akzeptieren, dass

die Übermittlung und der Empfang der Mitteilungen/Unterlagen nicht garantiert ist, wenn die angeführte Email-Adresse keine zertifizierte Email-Adresse (PEC) ist (Art. 3-bis Absatz 4-quinquies des Gesetzesvertretenden Dekretes 82/2009) und die Autonome Provinz Bozen - Abteilung Wohnbau - im Falle einer fehlgeschlagenen Kommunikation, welche nicht direkt auf die Autonome Provinz Bozen – Abteilung Wohnbau - zurückzuführen ist, von jeglicher Verantwortung befreit ist.

Information gemäß Art. 13 und 14 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 bezüglich der Erhebung von personenbezogenen Daten

Rechtsinhaber der Datenverarbeitung ist die Autonome Provinz Bozen. Die übermittelten Daten werden von der Landesverwaltung, auch in elektronischer Form, für die Erfordernisse des Landesgesetzes Nr.13/1998 verarbeitet. Die mit der Verarbeitung betraute Person ist der zuständige Direktor der Abteilung Wohnbau. Die Daten müssen bereitgestellt werden, um die angeforderten Verwaltungsaufgaben abwickeln zu können. Gemäß den geltenden Bestimmungen erhält die betroffene Person auf Antrag jederzeit Zugang zu den sie betreffenden Daten, Auszüge und Auskunft darüber und kann deren Aktualisierung, Löschung, Anonymisierung oder Sperrung, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, verlangen.

Mit der Unterschrift bestätigt der/die Gesuchsteller/in das beiliegende Informationsblatt über die EU-Verordnung 2016/679 bezüglich der Erhebung von personenbezogenen Daten zur Kenntnis genommen zu haben.

Unwahre oder unvollständige Erklärungen

Mit der Unterschrift des Fragebogens nimmt der/die Gesuchsteller/in zur Kenntnis, dass er/sie im Falle unwahrer oder unvollständiger Erklärungen laut Artikel 76 des D.P.R. Nr. 445 vom 28. Dezember 2000 strafrechtlich verfolgbar ist, und dass die aufgrund der unwahren Angaben eventuell erhaltenen Förderungen widerrufen werden.

Kontrollen

Dem/der Gesuchsteller/in ist bekannt, dass die Autonome Provinz Bozen - Südtirol und die Agentur für die Aufsicht über die Einhaltung der Vorschriften betreffend die Sozialbindung für den geförderten Wohnbau für die Überwachung der Pflichten im Zusammenhang mit der Gewährung der Wohnbauförderung die mit der Sozialbindung zu belasteten Liegenschaften besichtigen können und der/die Gesuchsteller/in die dazu notwendigen Mittel bereit stellen muss. Allfällige Kosten werden von der Autonomen Provinz Bozen - Südtirol übernommen.

Kumulierbarkeit der Förderungen

Mit der Unterschrift dieses Fragebogens nimmt der/die Gesuchsteller/in zur Kenntnis, dass die Summe der erhaltenen Förderungen

1. Beitrag für Neubau, Kauf oder Wiedergewinnung

2. Bauspardarlehen

3. Beitrag für Energieeinsparung

die getätigten Gesamtausgaben für dieselbe Wohnung nicht überschreiten darf.

Wird ein öffentlicher Beitrag für Energieeinsparung in Anspruch genommen, kann für dieselben Ausgaben keine Wohnbauförderung beantragt werden.

Verwendung einer telematischen Stempelmarke

Der/die Unterfertige erklärt, dass die betreffende Stempelmarke ausschließlich für das vorliegende Dokument verwendet wird und für 3 Jahre, im Sinne des Art. 37 des DPR Nr. 642 von 1972, aufbewahrt wird.

Ort Datum/...../.....

.....
Unterschrift des Gesuchstellers/der Gesuchstellerin

.....
**Unterschrift des Ehegatten/der Ehegattin bzw. der
in eheähnlicher Beziehung lebenden Person**

Dem Gesuch beizulegende Dokumente:

Allgemeine Unterlagen

- Gültige Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung in Original des Gesuchstellers/der Gesuchstellerin (die Bescheinigung ist 6 Monate ab Ausstellungsdatum gültig)
- Gültige Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung in Original des Ehegatten/der Ehegattin bzw. der in eheähnlicher Beziehung lebenden Person (die Bescheinigung ist 6 Monate ab Ausstellungsdatum gültig)
- Fotokopie des Personalausweises des Gesuchstellers/der Gesuchstellerin
- Fotokopie des Personalausweises des Ehegatten/der Ehegattin bzw. der in eheähnlicher Beziehung lebenden Person
- Ersatzerklärung Alleinerzieher/in (siehe Vordruck)
- vollständiges Trennungs- und/oder Scheidungsurteil (Fotokopie)
- Bescheinigung der zuständigen Sanitätskommission, aus welcher die Invalidität hervorgeht
- Erklärung der Gemeinde oder eines Technikers über die Überfüllung der Wohnung und Dauer der Besetzung derselben

Zusätzliche technische Dokumente:

bei Kauf:

- registrierter Kaufvorvertrag/registrierter Kaufvertrag (Kaufvertrag innerhalb 12 Monate nach Registrierung)

bei Kauf in Bau:

- registrierter Kaufvorvertrag mit Auszug aus dem genehmigten Projekt (Wohnung und Zubehörf Flächen)

bei Neubau:

- Grundbuchsdekret oder Grundzuweisungsbeschluss als Eigentumsnachweis (nur falls das Eigentum im Grundbuch noch nicht eingetragen ist)
- Genehmigung der Gemeinde (Baugenehmigung, ZeMet, BBM)
- technische Baubeschreibung
- summarischer Kostenvoranschlag

bei Wiedergewinnung oder bei Erweiterung einer sanierungsbedürftigen Wohnung:

- Grundbuchsdekret (nur falls das Eigentum im Grundbuch noch nicht eingetragen ist)
- Genehmigung der Gemeinde (Baugenehmigung, ZeMet, BBM)
- technische Baubeschreibung
- vollständig genehmigtes Projekt mit Anlage (Kubaturberechnung)
- Erklärung über den Erhaltungs- und Instandhaltungszustand (siehe Vordruck)
- detaillierter Kostenvoranschlag bzw.
- summarischer Kostenvoranschlag bei Abbruch und Wiederaufbau
- Tausendsteltabelle (bei Aufteilung des Eigentums in Tausendstel)

bei Bauland und Erschließungskosten:

- Kaufvertrag
- Kopie der Vorschreibung der Gemeinde über geschuldete primäre und sekundäre Erschließung
- Kopie der Zahlungsquittung des Schatzmeisters der Gemeinde

Information gemäß Artikel 13 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016

Verantwortlich für die Datenverarbeitung:

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die Autonome Provinz Bozen, Silivius-Magnago-Platz Nr. 1, Landhaus 1, 39100, Bozen, E-Mail: generaldirektion@provinz.bz.it PEC: generaldirektion.direzionegenerale@pec.prov.bz.it

Datenschutzbeauftragte (DSB):

Die Kontaktdaten der DSB der Autonomen Provinz Bozen sind folgende: E-Mail: dsb@provinz.bz.it; PEC: rpd_dsb@pec.prov.bz.it

Zwecke der Verarbeitung:

Die übermittelten Daten werden vom dazu befugten Landespersonal, auch in elektronischer Form, für institutionelle Zwecke in Zusammenhang mit dem Verwaltungsverfahren verarbeitet, zu dessen Abwicklung sie im Sinne des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13, und Dekret des Landeshauptmannes vom 15. Juli 1999, Nr. 42 und Landesgesetz vom 22. Oktober 1993, Nr. 17, alle in geltender Fassung, angegeben wurden. Die mit der Verarbeitung betraute Person ist der Direktor der Abteilung Wohnbau, an seinem Dienstsitz. Die Mitteilung der Daten ist unerlässlich, damit die beantragten Verwaltungsaufgaben erledigt werden können. Wird die Bereitstellung der Daten verweigert, können die eingegangenen Anträge und Anfragen nicht bearbeitet werden.

Mitteilung und Datenempfänger:

Die Daten können folgenden anderen öffentlichen und/oder privaten Rechtsträgern zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen im Rahmen ihrer institutionellen Aufgaben mitgeteilt werden, soweit dies in engem Zusammenhang mit dem eingeleiteten Verwaltungsverfahren erfolgt: Gemeinden, Notare, Agentur für Einnahmen, Finanz- und Gerichtsbehörde, Südtiroler Einzugsdienste AG, Nifs (INPS), INAIL, SIAG, Agentur für soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Autonomen Provinz Bozen (ASWE), Agentur für die Aufsicht über die Einhaltung der Vorschriften betreffend die Sozialbindung für den geförderten Wohnbau und konventionierte Banken. Die Daten können auch weiteren Rechtsträgern mitgeteilt werden, die Dienstleistungen in Zusammenhang mit der Wartung und Verwaltung des informationstechnischen Systems der Landesverwaltung und/oder der institutionellen Website des Landes, auch durch Cloud-Computing, erbringen. Der Cloud Provider Microsoft Italien GmbH, welcher Dienstleister der Office365 Suite ist, hat sich aufgrund des bestehenden Vertrags verpflichtet, personenbezogenen Daten nicht außerhalb der Europäischen Union und der Länder des Europäischen Wirtschaftsraums (Norwegen, Island, Lichtenstein) zu übermitteln, ohne die vom Abschnitt V der Datenschutz- Grundverordnung 2016/679 geeigneten vorgesehenen Garantien. Die genannten Rechtsträger handeln entweder als externe Auftragsverarbeiter oder in vollständiger Autonomie als unabhängige Verantwortliche.

Datenübermittlungen:

Es finden keine weiteren Übermittlungen von personenbezogenen Daten an Drittländer statt.

Verbreitung:

Ist die Verbreitung der Daten unerlässlich, um bestimmte von der geltenden Rechtsordnung vorgesehene Veröffentlichungspflichten zu erfüllen, bleiben die von den gesetzlichen Bestimmungen vorgesehenen Garantien zum Schutz der personenbezogenen Daten der betroffenen Person unberührt.

Dauer:

Die Daten werden so lange gespeichert, als sie zur Erfüllung der in den Bereichen Abgaben, Buchhaltung und Verwaltung geltenden rechtlichen Verpflichtungen benötigt werden, und zwar bis zur Löschung des Status als Wohnbauhilfeempfänger/in.

Automatisierte Entscheidungsfindung:

Die Verarbeitung der Daten stützt sich nicht auf eine automatisierte Entscheidungsfindung.

Rechte der betroffenen Person:

Gemäß den geltenden Bestimmungen erhält die betroffene Person auf Antrag jederzeit Zugang zu den sie betreffenden Daten und es steht ihr das Recht auf Berichtigung oder Vervollständigung unrichtiger bzw. unvollständiger Daten zu; sofern die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind, kann sie sich der Verarbeitung widersetzen oder die Löschung der Daten oder die Einschränkung der Verarbeitung verlangen. Im letztgenannten Fall dürfen die personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Einschränkung der Verarbeitung sind, von ihrer Speicherung abgesehen, nur mit Einwilligung der betroffenen Person, zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen des Verantwortlichen, zum Schutz der Rechte Dritter oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses verarbeitet werden.

Das entsprechende Antragsformular steht auf der Webseite <https://transparente-verwaltung.provinz.bz.it/de/zusaetzliche-informationen>.

Rechtsbehelfe:

Erhält die betroffene Person auf ihren Antrag innerhalb von 30 Tagen nach Eingang – diese Frist kann um weitere 60 Tage verlängert werden, wenn dies wegen der Komplexität oder wegen der hohen Anzahl von Anträgen erforderlich ist – keine Rückmeldung, kann sie Beschwerde bei der Datenschutzbehörde oder Rekurs bei Gericht einlegen.

**Information gemäß Artikel 14 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und
des Rates vom 27. April 2016**

Verantwortlich für die Datenverarbeitung:

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die Autonome Provinz Bozen, Silvius-Magnago-Platz Nr. 1, Landhaus 1, 39100, Bozen, E-Mail: generaldirektion@provinz.bz.it, PEC: generaldirektion.direzionegenerale@pec.prov.bz.it

Datenschutzbeauftragte (DSB):

Die Kontaktdaten der DSB der Autonomen Provinz Bozen sind folgende: Autonome Provinz Bozen, Landhaus 1, Organisationsamt, Silvius-Magnago-Platz Nr. 1, 39100, Bozen; E-Mail: dsb@provinz.bz.it, PEC: dsb@pec.prov.bz.it

Ursprung:

Die Daten stammen von Gemeinden, Agentur für Einnahmen, Nifs (INPS), INAIL, Agentur für soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Autonomen Provinz Bozen (ASWE), Agentur für die Aufsicht über die Einhaltung der Vorschriften betreffend die Sozialbindung für den geförderten Wohnbau, und wurden im Sinne des Landesgesetzes/der Verordnung zum Landesgesetz vom 17. Dezember 1998, Nr. 13, Dekret des Landeshauptmannes vom 15. Juli 1999, Nr. 42, und Landesgesetz vom 22. Oktober 1993, Nr. 17, alle in geltender Fassung, erhoben.

Die Daten stammen aus öffentlich zugänglichen Quellen (z.B. Archive, Register, von öffentlichen Rechtsträgern geführte Verzeichnisse, Berufsverzeichnisse):

ja, wie oben nein

Kategorien der Daten:

Es handelt sich um Identifizierungsdaten; sensible Daten; Gesundheitsdaten, sexuelle Leben und Orientierung biometrische Daten; genetische Daten; Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten (Gerichtsdaten).

Zwecke der Verarbeitung:

Die erhobenen Daten werden vom dazu beauftragten Landespersonal, auch in elektronischer Form, für institutionelle Zwecke in Zusammenhang mit dem Verwaltungsverfahren verarbeitet, zu dessen Abwicklung sie erhoben wurden. Die mit der Verarbeitung betraute Person ist der Direktor der Abteilung 25, Wohnbau, an seinem Dienstsitz.

Mitteilung und Datenempfänger:

Die Daten können folgenden anderen öffentlichen und/oder privaten Rechtsträgern zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen im Rahmen ihrer institutionellen Aufgaben mitgeteilt werden, soweit dies in engem Zusammenhang mit dem eingeleiteten Verwaltungsverfahren erfolgt: Gemeinden, Notare, Agentur für Einnahmen, Finanz- und Gerichtsbehörde, Südtiroler Einzugsdienste AG, Nisf (INPS), INAIL, SIAG, Agentur für soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Autonomen Provinz Bozen (ASWE), Agentur für die Aufsicht über die Einhaltung der Vorschriften betreffend die Sozialbindung für den geförderten Wohnbau und konventionierte Banken. Die Daten können auch weiteren Rechtsträgern mitgeteilt werden, die Dienstleistungen in Zusammenhang mit der Wartung und Verwaltung des informationstechnischen Systems der Landesverwaltung und/oder der institutionellen Website des Landes, auch durch Cloud-Computing, erbringen. Der Cloud Provider Microsoft Italien GmbH, welcher Dienstleister der Office365 Suite ist, hat sich aufgrund des bestehenden Vertrags verpflichtet, personenbezogene Daten nicht außerhalb der Europäischen Union und der Länder des Europäischen Wirtschaftsraums (Norwegen, Island, Lichtenstein) zu übermitteln, ohne die vom Abschnitt V der Datenschutz – Grundverordnung 2016/679 geeigneten vorgesehenen Garantien. Die genannten Rechtsträger handeln entweder als externe Auftragsverarbeiter oder in vollständiger Autonomie als unabhängige Verantwortliche.

Datenübermittlungen:

Es finden keine weiteren Übermittlungen von personenbezogenen Daten an Drittländer statt.

Verbreitung:

Ist die Verbreitung der Daten unerlässlich, um bestimmte von der geltenden Rechtsordnung vorgesehene Veröffentlichungspflichten zu erfüllen, bleiben die von gesetzlichen Bestimmungen vorgesehenen Garantien zum Schutz der personenbezogenen Daten der betroffenen Person unberührt.

Dauer:

Die Daten werden so lange gespeichert, als sie zur Erfüllung der in den Bereichen Abgaben, Buchhaltung und Verwaltung geltenden rechtlichen Verpflichtungen benötigt werden, und zwar bis zur Löschung des Status als Wohnbauhilfeempfänger/in.

Automatisierte Entscheidungsfindung:

Die Verarbeitung der Daten stützt sich nicht auf eine automatisierte Entscheidungsfindung.

Rechte der betroffenen Person:

Gemäß den geltenden Bestimmungen erhält die betroffene Person auf Antrag jederzeit Zugang zu den sie betreffenden Daten und es steht ihr das Recht auf Berichtigung oder Vervollständigung unrichtiger bzw. unvollständiger Daten zu; sofern die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind, kann sie sich der Verarbeitung widersetzen oder die Löschung der Daten oder die Einschränkung der Verarbeitung verlangen. Im letztgenannten Fall dürfen die personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Einschränkung der Verarbeitung sind, von ihrer Speicherung abgesehen, nur mit Einwilligung der betroffenen Person, zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen des Verantwortlichen, zum Schutz der Rechte Dritter oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses verarbeitet werden.

Das entsprechende Antragsformular steht auf der Webseite <https://transparente-verwaltung.provinz.bz.it/de/zusaetzliche-informationen> zur Verfügung.

Rechtsbehelfe:

Erhält die betroffene Person auf ihren Antrag nicht innerhalb von 30 Tagen nach Eingang – diese Frist kann um weitere 60 Tage verlängert werden, wenn dies wegen der Komplexität oder wegen der hohen Anzahl von Anträgen erforderlich ist – eine Rückmeldung, kann sie Beschwerde bei der Datenschutzbehörde oder Rekurs bei Gericht einlegen.